

Schleichers „Dritte Front“

Was haben drei Wochen Schleicher-Regierung gezeigt? — Was ist die „Dritte Front“?

Vom Reichsamt der RGO wird uns geschrieben:

Drei Wochen steht die Schleicher-Regierung am Ruder. Und schon bieten die ersten Schritte dieser Regierung der deutschen Arbeiterklasse die Gelegenheit sich zu überzeugen, daß sie die Wiederholung ihrer Leiden und Räte von der Schleicher-Regierung genau so wenig zu erwarten hat, wie von ihrer Vorgängerin, der Papen-Regierung.

In seiner Programmerkklärung im Berliner Rundfunk sprach General Schleicher, in den Mittelpunkt seiner Regierungstätigkeit die Sorge um die Erwerbslosen zu stellen. Am Mittwoch, dem 21. Dezember, fand die letzte Sitzung des Reichskabinetts statt, in der ein Winterhilfsprogramm in Höhe von 35 Millionen Reichsmark beschlossen wurde. Dieses Geld ist zur Verbilligung von Fleisch und Kohle benützt werden. In gleicher Zeit erklärt die Regierung, daß der von Schleicher und Papen verordnete Unterfütterungsabbau bestehen bleibt.

Dieser Unterfütterungsabbau wurde am 14. Juni 1932 durch Rotterordnung diktiert. Was nahm diese Rotterordnung den Erwerbslosen? Eine Senkung der Erwerbslosenunterstützung von durchschnittlich 23 Prozent. Der durchschnittliche Unterfütterungsabbau pro Kopf und Monat wurde von 48,76 Reichsmark netto auf 37,34 Reichsmark herabgedrückt. Den Erwerbslosen wurde dadurch etwa 100 Millionen Reichsmark pro Jahr genommen.

Dieselbe Rotterordnung brachte Rentenfälligkeiten, die auf mindestens 370 Millionen Reichsmark geschätzt werden müssen. Außerdem eine neue Arbeitslosenabgabe von 1,5 Prozent des Einkommens und 2 Steuererhöhungen, was etwa 1/2 Milliarden Reichsmark einbringt. Die Rotterordnung vom 14. Juni 1932 nahm also den Betroffenen etwa 1,76 Milliarden, darunter 700 Millionen Reichsmark Erwerbslosen.

1,76 Milliarden Reichsmark wurden genommen, 65 Millionen Reichsmark werden gegeben — das ist die erste Bilanz der Schleicher-Regierung.

In der Sitzung des Reichskabinetts vom 21. Dezember wurde ein Sofortprogramm für Arbeitsbeschaffung im Ausmaß von 100 Millionen Reichsmark beschließt. Das Geld soll durch Kreditausweitung bereitgestellt werden, was unweigerlich zur Preissteigerung und damit zur Senkung des Reallohnes führen muß. Denn es kommt noch eine „Kleinigkeit“: am selben Mittwoch, an dem das Reichskabinett das Sofortprogramm von 100 Millionen Reichsmark beschloß, ist ein Bericht über den Staat der Erwerbslosigkeit veröffentlicht worden, wonach in der Zeit vom 1. bis 15. Dezember 249 000 Erwerbslose mehr gezählt wurden. Die Zahl der Erwerbslosen wird auf 7 bis 8 Millionen geschätzt. Wenn die 100 Millionen Reichsmark auch eingeleitet werden, so sind sie kaum imstande, diesen 249 000 Erwerbslosen vorübergehend Arbeit zu verschaffen. Was sollen die übrigen Millionen hungern und sterbenden Erwerbslosen tun?

Die Schleicher-Regierung hat den sozialpolitischen Teil der September-Rotterordnung abgelehnt. Die Unternehmer erhielten durch die September-Rotterordnungen das Recht, die Löhne trotz bestehender Tarifverträge bis 12,5 Prozent abzubauen, wenn sie Vereinbarungen vorsehen; die Schlichter konnten untertarifliche Löhne verordnen. Diese beiden verordneten Lohnabbaumöglichkeiten sind nunmehr abgeschafft. Jeder deutsche Arbeiter soll sich die Frage stellen: Warum hat die Schleicher-Regierung den sozialpolitischen Teil der September-Rotterordnungen abgelehnt, die Rotterordnung vom 14. Juni aber nicht?

Die Antwort liegt auf der Hand. Die Erfahrungen, die die Arbeiterklasse seit Jahrzehnten gemacht hat, haben sich in diesem Falle wieder mit bewunderndem Gewalt bestätigt. Wie hat die Arbeiterklasse auf die Rotterordnungen vom 4. und 8. September beantwortet? 800 betriebliche Streiks in zwei Monaten, darunter der betriebliche Streik der Berliner Verkehrsarbeiter. Und das Ergebnis: die Schleicher-Regierung nimmt den sozialpolitischen Teil der Rotterordnungen zurück. Wie haben die Erwerbslosen, wie hat die gesamte deutsche Arbeiterklasse auf die Rotterordnung vom 14. Juni reagiert? Sie ist von der Arbeiterklasse stillschweigend angenommen worden. Deshalb bleibt sie auch bestehen.

Die „Tat“ über die RGO.

Im Dezemberheft der Zeitschrift „Die Tat“ — die engen Verbindungen des „Tat“-Kreises mit Schleicher sind bekannt — wird mit großer Offenheit die Heberstellung festgestellt, die die Streikwelle der letzten Monate bei Schleicher und seinen Freunden hervorgerufen hat. In einem Aufsatz „Was wird der Arbeiter tun?“ heißt es:

„Die annähernd 500 kleineren und größeren Streiks zeigten von einer Kampfbereitschaft der Beschäftigten, wie man sie im Laufe der letzten Jahrzehnte nicht mehr gesehen konnte. „Die Tat“ (die Streikwelle) legt überaus wieder wirkungsvoll ausgedrückt wurde, in vor allem das Werk der Kommunisten. Die von Kommunisten ergriffenen Kräfte lassen sich am ehesten nicht neutralisieren. Sie kämpfen nicht um den Staat und seine Reformen, wie der Nationalsozialismus, sondern gegen diesen Staat überhaupt.“ Die Streikführung, gibt die Zeitschrift Schleichers zu, lag in den Händen der RGO.

„Es sei im September 1932 zum erstenmal seit der mitteldeutschen Märzrevolution von 1921 ein Sozialkampf für die Arbeiterklasse ausgebrochen. In allen Ecken und Enden, an mehr als 20 Orten im Reich, in Berlin, Hamburg, Leipzig, Mitteldeutschland und im Ruhrgebiet traten die Beschäftigten zahlreicher Mittelbetriebe gegen die Lohnkürzungen, die der Papen-Plan vorsah, in den Kampf. Aus den vielen Streiks wurden organisierte. Die Gewerkschaften hatten sich abgegrenzt oder freiwillig hinter die Streikenden und lenkten den Kampf. Es bildeten sich Streikkomitees von den Kommunisten bis zu den Nationalsozialisten. Die Führung lag aber durchweg bei der RGO. Die seit Jahren geltende Theorie, daß Streiks in Zeiten der Arbeitslosigkeit sinnlos seien, war mit einem Schlag widerlegt. Die betroffenen Firmen wurden fast durchweg zum baldigen Nachgeben gezwungen. Dadurch ist doch eine spontane, jedoch geführte Front der Arbeitsschwerer und der Erwerbslosen geschaffen.“

Die Zeitschrift schreibt, wie die Streiks durch in mittleren Betrieben eintraten, die „Einheitsfront von unten“ konnte sich

nur entwickeln, weil die kommunistischen Arbeiter die Vorhut übernahmen und die anderen mitzogen“. Dann kam der BSW-Streit. Dieser Streit „wurde gegen den Schlichterspruch des Schlichters, wie gegen die freien Gewerkschaften“ geführt. Die freien Gewerkschaften mühten sich „mit der Tarnfäule ihrer effektiven Ausschaltung aus der Tarifpolitik“ abfinden. Sie gaben damit eine Position preis, die ihnen bis dahin die Heberlegenheit gegenüber den Unorganisierten und Kommunisten verleiht hatte.“ Der BSW-Streit sei die Ausmittlung der „neuen kommunistischen Strategie“:

„Unter diesen Umständen wird der Streit mit recht als ein Wendepunkt der logischen Kämpfe in Deutschland angesehen. Und zwar nicht bloß im proletarischen Lager. Nach die „Tat“, die sich hier nur im Zusammenhang mit dem BSW-Streit, hätte sich „trotz aller offiziellen Schutzmaßnahmen in eine Zeit verlegt, die sie längst für überwunden hielt.“

Die zentrale Aufgabe Schleichers

Was ist die zentrale Aufgabe der Schleicher-Regierung? Arbeit schaffen, sagt Schleicher selbst. Es wäre aber eine trügerische Illusion, die Schleicher-Regierung nach ihren Worten zu beurteilen. Für jeden, der seine fünf Sinne beisammen hat, steht einwandfrei fest: mit kapitalistischen Methoden kann man die Erwerbslosenfrage überhaupt nicht lösen.

Aber auch eine beherrschende Minderheit der Rot von 7 bis 8 Millionen deutscher Arbeiter und ihrer Familien ist nur durch einen tiefen Griff in die Taschen der Reichen möglich. Wird man ein Arbeitsbeschaffungsprogramm durchführen, ohne den Reichen zu Reibe zu geben, dann bedeutet es, das Elend noch mehr zu vergrößern. Die Reichen werden aber niemals aus freien Stücken auch nur auf ein Teilchen ihrer Belege verzichten. Dazu gehört der einschredende Klassenkampf.

Die Schleicher-Regierung kann genau so wenig das Schicksal von 7 bis 8 Millionen Erwerbslosen weichen, wie die Papen- und Brüning-Regierung. Weil die deutsche Kapitalistenklasse das Problem der Erwerbslosigkeit nicht zu lösen imstande ist, tauscht sie die Methode Papen mit der Methode Schleichers aus.

Die zentrale Aufgabe der Schleicher-Regierung heißt nicht Arbeit schaffen, sondern Schaffung der „dritten Front“. Was ist das für eine „dritte Front“? Das ist die Einheitsfront der gewerkschaftlichen und bürokratischen Bürokratie, gemeinsam mit den Führern der RSDAP, um große Teile der organisierten Arbeiter für die Unterfütterung der Schleicher-Regierung zu gewinnen. Insbesondere kommt es der Schleicher-Regierung auf die in den freien Gewerkschaften und im Reichsbanner organisierten Arbeiter an. Mit Hilfe der Bürokratie sollen große Teile dieser Arbeiter, unter dem Reibel einer ausgefärbten sozialen Propaganda, an den Karren des autoritären Staates gespannt werden. Dadurch soll es in den Wintermonaten gelingen, den Ansturm der proletarischen Massen zurückzuhalten und in der Zu-

kunft die Gewerkschaftsorganisationen allmählich in einen sozialistischen Ständestaat einzubauen. Das ist die Aufgabe der Schleicher-Regierung.

„Dieses Kabinett ist ein Ende und ein Anfang zugleich... Das letzte Werk ist aus den Stall herausgeholt worden... Was seiner (Schleichers) bisherige Haltung geht auch das Bestreben hervor, in jedem Fall eine Brücke zwischen den Kräften des Rechts und den Kräften des Links zu schlagen, die die Voraussetzung für eine neue Volksgemeinschaft ist. Denn Deutschland wird weder von rechts noch von links neu gebildet werden, sondern es kann nur von einer dritten Front aus, die oberhalb der alten, liberalen Gegensätze zwischen rechts und links liegt, umgeformt werden... Dieses Kabinett hat die große Aufgabe, die Kräfte von rechts und links langsam wieder in den Staat einzubauen und diesen Staat damit wieder ein festes Fundament und einen lebendigen Inhalt zu geben.“ („Tägliche Rundschau“ vom 4. Dezember 1932.)

Was sind die Kräfte von rechts und von links, die in den Staat einzubauen sind? Das ist die RSDAP und die Gewerkschaften. Jeder sagt in diesem Aufsatz: „Wir kommen aus den sozialrechtlichen Einbußen der Berufsklassen in den Staat nicht herum. Die Vorbereitungen dieses Einbaues müssen heute getroffen werden und zwar zunächst von den Gewerkschaften selber.“ Der sozialistische Ständestaat — die große Volksgemeinschaft im Betrieb; Arbeitsgemeinschaften in den Industriezweigen, Wirtschaftskomitees und im Reichsmittelstand mit Streikverbot; nach dem Muster der amerikanischen Korporationen oder etwas anders geformt — soll allmählich aufgebaut werden.

Der Aufsatz über das Kabinett Schleicher:

„Dieses Kabinett ist ein Ende und ein Anfang zugleich... Das letzte Werk ist aus den Stall herausgeholt worden... Was seiner (Schleichers) bisherige Haltung geht auch das Bestreben hervor, in jedem Fall eine Brücke zwischen den Kräften des Rechts und den Kräften des Links zu schlagen, die die Voraussetzung für eine neue Volksgemeinschaft ist. Denn Deutschland wird weder von rechts noch von links neu gebildet werden, sondern es kann nur von einer dritten Front aus, die oberhalb der alten, liberalen Gegensätze zwischen rechts und links liegt, umgeformt werden... Dieses Kabinett hat die große Aufgabe, die Kräfte von rechts und links langsam wieder in den Staat einzubauen und diesen Staat damit wieder ein festes Fundament und einen lebendigen Inhalt zu geben.“ („Tägliche Rundschau“ vom 4. Dezember 1932.)

Was sind die Kräfte von rechts und von links, die in den Staat einzubauen sind? Das ist die RSDAP und die Gewerkschaften. Jeder sagt in diesem Aufsatz: „Wir kommen aus den sozialrechtlichen Einbußen der Berufsklassen in den Staat nicht herum. Die Vorbereitungen dieses Einbaues müssen heute getroffen werden und zwar zunächst von den Gewerkschaften selber.“ Der sozialistische Ständestaat — die große Volksgemeinschaft im Betrieb; Arbeitsgemeinschaften in den Industriezweigen, Wirtschaftskomitees und im Reichsmittelstand mit Streikverbot; nach dem Muster der amerikanischen Korporationen oder etwas anders geformt — soll allmählich aufgebaut werden.

„Dritte Front“ und freie Gewerkschaften

In einer längeren Schrift, herausgegeben vom „Tat“-Kreis, („Die Front der Gewerkschaften“ von Carl Kothe) werden die Ansichten dieses Kreises über die freien Gewerkschaften sehr offen dargelegt. Die Schrift schildert den Inhalt des Umbauprogramms des RGO, und gliedert ihn mit folgenden Worten:

„Das Dokument (das „Umbau“-Programm) ist zur Stunde das stärkste und umwälzende wirtschaftliche Programm, in sich ausgenommen und den einzelnen unter sich höchst unterschiedlichen Abschnitten der Produktion wie den Erfindungen und den Wandlungen eines halben Jahrhunderts gerecht werden, weil es politische, wirtschaftliche, als der Sozialismus aller Prägung und wirtschaftlicher Dialektik das vermag. Die ganze materialistische Terminologie ist ausgemerzt, der Kommentar zu den einzelnen Positionen gibt eine ausgeglichene Begleitung... Die freien Gewerkschaften sind mit dieser Ausarbeitung in einem entscheidenden Stadium des deutschen Sozialismus herausgekommen.“

Die Schrift behandelt den Klassenkampf der freien Gewerkschaften und die Disziplin über Arbeitsbeschaffung, die in der freigesellschaftlichen Praxis diesem Kongreß voraussetzt. Der bekannte Aufsatz von Wopstinski über Arbeitsbeschaffung in der „Arbeit“ Juni 1931 (über diesen Aufsatz sagte Gregor Strömer in seiner Rede vom 10. Mai 1932, daß er die Gedankenansätze des Nationalsozialismus zur Arbeitsbeschaffung enthält) wird ausführlich zitiert. Wopstinski schlug in diesem Aufsatz Arbeitsbeschaffung mit Hilfe von Kreditausweitung vor, er prägte den Satz: „Die Arbeitsbeschaffung heißt aber Arbeitsbeschaffung. Und wer Arbeitsbeschaffung sagt, der hat von der Kreditbeschaffung gesprochen.“ Bis dato sagte die RSDAP-Bürokratie nicht, daß offen für Kreditausweitung, in der Tat also für Senkung des Reallohnes, auszusprechen. Die Schrift des „Tat“-Kreises legt zu dem Wopstinski-Aufsatz:

„Das war noch etliche Jahr Jahren endlich die richtige Sprache... Sollte man Führer der Arbeitsschwerer Meinen, so war es höchste Zeit, Antwort zu geben. Das ist denn allerdings mit einer bemerkenswerten Klarheit und Offenheit geschrieben, die sich auch nicht scheute, Angebotenes zu verwerfen. Die Probleme waren mit Arbeitsbeschaffung, Kreditausweitung, Agrarpolitik und Bildung jenseitig geknüpft.“ (Seite 66/67.)

Die Schrift nennt keine Grenzen in ihrem Satz bei der Behandlung des Verhaltens der Gewerkschaftsführer während des Weltkrieges. Und dabei trägt der Verfasser einen sehr interessanten und getreuen Satz. Er schreibt:

„Regierung und Sozialpolitik haben sich in der Folge der allmählich notwendig gewordenen sozialen Reformordnungen weitgehend dem Verfall und dem Zerfall der gewerkschaftlichen Organisationen bedient... Wozu man sich für politische Übernahmefälle erziehen sollte.“ (Seite 67.) Ja, die deutsche Kapitalistenklasse hat sich immer wieder, wenn Rotterordnungen notwendig wurden, an die unorganisierten Verbände der Gewerkschaftsbürokratie während des Weltkrieges erinnert. Der ganze Sinn der Schleicher-Regierung besteht eben

darin, daß die deutsche Kapitalistenklasse an dieses ihr letzte Kraftreservoir, an die Hilfe der Gewerkschaftsbürokratie, sich „erinnert“ hat.

Hören wir, was diese Schleicher-Schrift über die Gewerkschaftsführer im Weltkrieg sagt, auf diesem Gebiet sind der „sozialistische“ General und seine Freunde zweifelsohne kompetent:

„Die proletarische Vaterlandsliebe hat in der Stunde der Gefahr mit einer phantastischen Selbstverpflichtung ihre Pflicht getan.“

Selbst — am 1. Novembertag — betraf die Generalkommission der sozialistischen Gewerkschaften die unmittelbare Einleitung aller Lohnkämpfe und die Einleitung jeglicher Streikunterstützung. Wie erhe haben die Gewerkschaften von sich aus den wirtschaftlichen Burgfrieden proklamiert und unter vieler Parole hat Begien die Preisen durch den Krieg geheuert. Dabei hat es nicht an schweren Angriffen gegen den realistischen Hilferufe gefehlt, die pariert werden mußten. Begien hat noch im Winter 1914 den Ausschick Karl Liebknecht aus die Partei beantragt, und die Kluft zwischen Gewerkschaften und Realisten fand eine Wiederholung, daß in den großen Industriezentren die Gewerkschaftsvertreter in Parteiveranstaltungen nicht mehr auftraten konnten, ohne größten Kamärfen und Verdächtigungen ausgelegt zu werden...“

Es bedarf keines Kommentars, daß die innerpolitische Lage wie die Führung des Krieges kaum bezweifeln können wäre, wenn nicht Regierung und Oberste Generalkommission auf die Organisations der Arbeitsschwerer hätten zurückgegriffen können. Während des Kriegesjahres waren die Gewerkschaften der Arbeiter zu den westlichen Klassen, der linken Arbeiterbewegung verlagert hat. Die Zusammenarbeit zwischen Kriegsführung und Gewerkschaftsführung ist nie belastet gewesen.“

Die Kriegsführung wäre unentbehrlich ohne die Führung von Begien und Leipziger, bezogen die Schleicher-Schrift. Die Erhaltung des Kapitalismus in Deutschland wäre ohne Gewerkschaftsbürokratie und SPD. unentbehrlich. Und jetzt, als alle Dämme durch Krise und revolutionären Aufschwung brechen, greift die Kapitalistenklasse wieder zu ihrer alten erprobten Methode. Mit Hilfe der Gewerkschaftsbürokratie soll es gelingen, den Sturm der Massen gegen Hunger und Vertreibung zurückzuhalten. Mit ihrer Hilfe sollen die Gewerkschaftsorganisationen in den autoritären Staat allmählich eingebaut, mit ihrer Hilfe soll allmählich der sozialistische Ständestaat aufgebaut werden. Das ist das Schleicher-Programm, das von Leipzig unterstützt wird. Nur in diesem Programm ein Leuchtfeuer vorhanden: die vornehmlich die Gewerkschaftsführung mit den Gewerkschaftsmitgliedern. Die Millionen gewerkschaftlich organisierten Arbeiter werden nicht den Weg der Sozialismus gehen. Es ist unsere Aufgabe, die Aufgabe der Arbeiter in der revolutionären Gewerkschaftspolitik, den Staat in der Gewerkschaft und Vertrieben zu verhaften, die Millionen Gewerkschaftsmitglieder auf den Weg des Kampfes gegen Hunger, Sozialismus und Knechtung zu führen.